

Studien des Zentrums Moderner Orient
Herausgegeben von Ulrike Freitag

 **Zentrum Moderner Orient**
Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V.

Katja Hermann

Palästina in Israel

**Selbstorganisation und politische
Partizipation der palästinensischen
Minderheit in Israel**

Studien 25



KLAUS SCHWARZ VERLAG • BERLIN

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie – detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zentrum Moderner Orient
Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V.
Studien, herausgegeben von Ulrike Freitag

Kirchweg 33
14129 Berlin
Tel. 030 / 80307 228
www.zmo.de

© Klaus Schwarz Verlag Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Erstauflage
1. Auflage 2008
Satz und Layout: ZMO
Einbandgestaltung: Jörg Rückmann, Berlin
Foto: Demonstration anlässlich des „Tag des Bodens“ (mit freundlicher Genehmigung der *Arab Association for Human Rights*)

Druck: AZ Druck, Kempten
Printed in Germany

ISBN 978-3-87997-647-8

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn

Danksagung

Dieses Buch basiert auf einem Forschungsprojekt, das ich im Rahmen des DFG-Projektes „(Re-) Konstruktion von Nationalstaaten durch translokale Vergesellschaftung“ am Berliner Zentrum Moderner Orient (ZMO) durchgeführt und am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der FU Berlin als Promotion eingereicht habe. Ich bedanke mich zunächst bei der DFG für die Förderung dieses Forschungsvorhabens. Außerdem möchte ich meinen Doktormüttern, Prof. Dr. Gudrun Krämer (Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin) und Prof. Dr. Ulrike Freitag (ZMO/Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin) für ihre konstruktive Kritik sowie die hilfreichen Anregungen danken, mit der sie diese Forschungsarbeit begleitet haben.

Meine Zeit am ZMO erlebte ich als ein wissenschaftliches Miteinander, das ich als sehr kollegial und anregend empfand und für das ich mich sehr herzlich bei den aufeinander folgenden Direktorinnen Prof. Dr. Ingeborg Baldauf und Prof. Dr. Ulrike Freitag sowie bei den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bedanken möchte. Besonders inspirierend war für mich die Zusammenarbeit mit meiner Projektpartnerin Dr. Anja Peleikis, an der mich nicht nur ihre Begeisterung für translokale Zusammenhänge beeindruckt hat.

Neben dem wissenschaftlichen Austausch haben viele Menschen am ZMO auf ganz unterschiedliche Art und Weise meine Arbeit an dem Forschungsprojekt unterstützt, mein besonderer Dank gilt den Bibliothekarinnen Heidemarie Dengel und Marta Schultz, den Lektorinnen Svenja Becherer und Margret Liepach, Dorothee Peter, die während meiner Zeit am Zentrum das Sekretariat leitete, Michael Schutz für den Bereich Computertechnik sowie den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kerstin Frei, Christoph Gabler und Aktham Suliman.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Frauenbeauftragten des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften der FU Berlin, über deren Frauenfördermittel es mir ermöglicht wurde, eine für meine Arbeit notwendige abschließende Reise nach Israel und Palästina zu unternehmen.

Mein ganz besonderer Dank gilt selbstverständlich meinen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern in Israel und in den Palästinensischen Gebieten dafür, dass sie sich Zeit für meine vielen Fragen genommen und mir ihre Überzeugungen und Einschätzungen dargelegt haben. Dr. Khalil Rinnawi, Nabil Saleh und Suzan Abboud fühle ich mich verbunden für die freundliche Anbindung an das *Galilee Center for Social Research (GCSR)* in Haifa.

Die Unterstützung durch Freundinnen und Freunde hat mir geholfen, auch anstrengende Arbeitsphasen durchzustehen und manchen Widrigkeiten zum Trotz weiterzumachen. Für ihre intellektuelle und emotionale Ermutigung sowie ihren konstruktiv-kritischen Blick danke ich besonders Bettina Gräf, Karin Joggerst, Iman Najami, Dorothee Peter und Brigitte Schulz.

Um die Aufrechterhaltung des Alltags während intensiver Arbeitsphasen zu gewährleisten, waren meine Eltern Heide und Wolfgang Hermann sowie meine Schwiegereltern Marga und Udo Wils immer bereit, sich um die Kinder zu kümmern und mir den Rücken frei zu halten – eine wertvolle Unterstützung, für die ich mich sehr herzlich bedanken möchte.

Mein größter Dank gilt meinem Mann, Oliver Wils, für das kreative Miteinander in allen Bereichen.

Ich widme dieses Buch meinen Kindern Hannah Laila, Juli Anouk und Luuk, in der Hoffnung, dass sie eines Tages ein friedliches Israel und Palästina kennen lernen werden und vielleicht meine Leidenschaft für die Region verstehen können.

Anmerkungen zur Transkription

Die Schreibweise von Personen- und Organisationsnamen orientiert sich in diesem Buch grundsätzlich an der in Israel und in den Palästinensischen Autonomiegebieten üblichen englischen Schreibweise. Bei der Erstnennung von für die Arbeit zentralen Organisationen wird die englische Bezeichnung zudem durch den arabischen Namen ergänzt. Auf zusätzliche Übersetzungen der Organisationsnamen ins Deutsche wurde aus Gründen der Lesbarkeit des Textes verzichtet. Personennamen werden nur dann transkribiert, wenn auf sie als Autorinnen oder Autoren arabischer Texte Bezug genommen wird. Um bei Personen mit identischen Nachnamen eine Verwechslung zu vermeiden, wird in diesen Fällen zusätzlich der Vorname genannt. Die Transkription des Arabischen folgt den Vorgaben der *Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG)*. Zitate aus den geführten Interviews erscheinen in deutscher Übersetzung.

Im Anhang befinden sich eine Aufstellung der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die Kontaktdaten der palästinensischen Nichtregierungsorganisationen sowie ein Index.

Inhalt

TEIL I	EINLEITUNG UND THEORETISCHER TEIL	
1.	Einleitung	15
1.1	Fragestellung	17
1.2	Einführung in die Konfliktsituation	20
1.3	Stand der Forschung	30
1.4	Methodik der Feldforschungen	35
1.5	Aufbau der Arbeit	41
2.	Theorie und Definitionen	53
2.1	Ethnopolitische Konflikte und ethnopolitisches Handeln	53
2.2	Zivilgesellschaft und NGOs	62
TEIL II	PALÄSTINENSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT IN ISRAEL	
3.	Beziehungen und Identitäten	73
3.1	Konkurrierende Ansätze zum Verständnis palästinensischer kollektiver Identität in Israel	74
3.2	Entwicklung kollektiver palästinensischer Identität	76
4.	Politische Parteien und Gruppierungen	83
4.1	Politische Parteien	84
4.2	Kommunale Politik	94
4.3	Studentenorganisationen	97
5.	Vereine und NGOs	105
5.1	Exkurs: Der jüdische NGO-Sektor	106
5.2	Der palästinensische NGO-Sektor	110

TEIL III	SELBSTORGANISATION ALS POLITISCHER WIDERSTAND: BEDINGUNGEN ETHNOPOLITISCHEN HANDELNS DER PALÄSTINENSER SEIT DEN 1990ER JAHREN	
6.	Ethnokulturelle Identität	127
6.1	Der israelisch-palästinensische Friedensprozess	128
6.2	Teil des Problems, aber nicht Teil der Lösung: Die Implikationen des Friedensprozesses für die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel	130
6.3	Vergiss die Träume der Vergangenheit: Das Verhältnis zwischen Palästinensischer Autonomiebehörde und Palästinensern in Israel	133
6.4	Nicht mein Staat, aber mein Volk: Die Bedeutung eines zukünftigen palästinensischen Staates für Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel	137
6.5	Reaktionen auf Oslo: Die Dynamisierung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel	145
7.	Kapazitäten: Die Generation der wütenden jungen Männer und Frauen	167
7.1	Bildungspolitische Entwicklung	168
7.2	Eine Form des Widerstandes: Politische Biographien der NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten	170
8.	Anreize und Handlungsrahmen	187
8.1	Schutz von Minderheiten und Stärkung der Zivilgesellschaft	189
8.2	Azmi Bisharas Ansatz des Bürgerstaates	191
9.	Politische Möglichkeiten und Hindernisse	207
9.1	Politische Möglichkeiten: Das Amutor-Gesetz	208
9.2	Hindernisse: Die Anwendung des Amutor-Gesetzes bei palästinensischen NGOs und andere Benachteiligungen	211
10.	Gewalt und Identität: Der Einfluss der Oktober- Unruhen auf Identität und ethнопolitisches Handeln	219

10.1	„Feuertaufe“ der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel: Die Rolle der NGOs im Umgang mit den Oktober-Unruhen	220
10.2	<i>Oktober</i> als Lektion: Der Einfluss der Oktober-Unruhen auf das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser	224
10.3	Reaktionen auf die Krise: Nationalisierung, Dissoziation, Wahlboykott	229

TEIL IV HANDLUNGSFELDER UND HANDLUNGSSTRATEGIEN VON NGOs: AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE

11.	Handlungsfeld Landpolitik	243
11.1	Interne Flüchtlinge	245
11.2	Nicht anerkannte Dörfer	265
12.	Handlungsfeld Bürger- und Menschenrechte	285
12.1	Arab Association for Human Rights	285
12.2	Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel	288
12.3	Mossawa Center: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel	292
13.	Handlungsfeld Wissenschaft, Forschung und Kultur	299
13.1	Galilee Center for Social Research	299
13.2	MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research	300
13.3	The Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services	302
13.4	Arab Cultural Association	303
14.	Handlungsfeld Frauen	307
14.1	Dreifache Diskriminierung: Palästinensische Frauen in Israel	307
14.2	Entwicklung der palästinensischen Frauenbewegung	309
14.3	Entwicklung feministischer Ansätze seit 1987	311
14.4	Zwischen Feminismus und Nationalismus: Geschlechtsspezifische Aspekte von Konflikt und Widerstand	319

TEIL V	DISKUSSION UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	
15.	Stärken und Schwächen palästinensischer NGOs	331
15.1	Eine andere Perspektive aufzeigen: Stärken und Erfolge der NGOs	331
15.2	Damit der Name in der Zeitung steht: Probleme und Schwächen der NGOs	336
15.3	Das Verhältnis zwischen NGOs und politischen Parteien	339
16.	Zusammenfassung: Palästinensische NGOs zwischen lokalem Handeln und translokaler sowie transnationaler palästinensischer Identität	345
16.1	Der israelisch-palästinensische Friedensprozess als Katalysator palästinensischer zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation in Israel	346
16.2	Bedingungen palästinensischen ethno-politischen Handelns in den 1990er Jahren	347
16.3	Lokales ethno-politisches Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel im Kontext palästinensischer Translokalität und Transnationalität	351
16.4	Schlussfolgerungen für die Konfliktbearbeitung	355
16.5	Relevanz der Studie für die Forschung zu Zivilgesellschaft sowie zu Translokalität und Transnationalismus	357
	Bibliographie	361
	Anhang	387
	Index	395

Abkürzungsverzeichnis

ACA	Arab Cultural Association
ACRI	Association for Civil Rights in Israel
ADRID	Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel
AI	Amnesty International
ASC	Arab Student Committee
ANC	African National Congress
ASF e.V.	Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
CEDAW	UN Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women
CERD	UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination
DAAD	Deutscher Akademischer Auslandsdienst
DAC	Development Assistance Committee
DAP	Democratic Arab Party
DFPE	Democratic Front for Peace and Equality
DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
EU	Europäische Union
EVS	European Volunteer Service
GCSR	Galilee Center for Social Research
GSS	General Security Service
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HRA	Arab Association for Human Rights
HRW	Human Rights Watch
ICP	Israel Communist Party
IDP	Internally Displaced Person
ILA	Israeli Land Administration
IM	Islamic Movement
JA	Jewish Agency
MK	Member of Knesset
NCID	National Committee for the Defense of the Internally Displaced in Israel
NDA	National Democratic Alliance
NGO	Non-Governmental Organisation

NIF	New Israel Fund
NIS	New Israel Shekel
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
NUAS	National Union for Arab Students
OCHA	UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
PA	Palestinian Authority Palästinensische Autonomiebehörde
PCP	Palestine Communist Party
PCPD	Palestinian Center for Peace and Democracy
PLC	Palestinian Legislative Council
PLO	Palestine Liberation Organisation
PNGO	Palestinian Non-Governmental Organizations Network
RCUV	The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev
RRA	Refugee Rehabilitation Authority
TANDI	Bewegung der demokratischen Frauen
UAL	United Arab List
UN/UNO	United Nations/United Nations Organization
UNCCP	United Nations Conciliation Commission for Palestine
UNWRA	United Nations Work and Relief Agency
USAID	United States Agency for International Development
WAV	Women Against Violence
WCAR	World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance
ZMO	Zentrum Moderner Orient

TEIL I

EINLEITUNG UND THEORETISCHER RAHMEN

1. Einleitung

Die palästinensische¹ Journalistin und israelische Staatsbürgerin Filastin Ismail zeigte im Oktober 2000 in einer israelischen Fernsehsendung die Fotos jener 13 palästinensischen Bürger Israels, die wenige Tage zuvor während Demonstrationen von israelischen Sicherheitskräften getötet worden waren. Die Direktorin des *I'lam Media Center for Arab Palestinians in Israel* (*I'lām – Markaz I'lāmī li-l-Muġtama' al-'Arabi al-Filasṭīnī fī Isrā'īl; I'lam*), einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in der nordisraelischen Stadt Haifa, reagierte damit auf die einseitige Berichterstattung der israelischen Medien über die Zusammenstöße zwischen palästinensischen Demonstrantinnen und Demonstranten und israelischer Polizei. Die Medien hatten sich ihrer Meinung nach ausschließlich auf offizielle Polizeiberichte gestützt, keine palästinensischen Augenzeugen befragt und, im Gegensatz zu ausführlichen Beiträgen über die jüdischen Verletzten, die palästinensischen Opfer der so genannten *Oktober-Unruhen*² (*Habbāt Uktūbar*) lediglich zahlenmäßig erfasst.

Zu den Unruhen war es gekommen, nachdem sich die Proteste gegen das brutale Vorgehen der israelischen Armee in der Westbank und im Gazastreifen nach Israel ausgedehnt hatten. Wenige Tage nach Beginn der zweiten *Intifada* (*Intifāda*)³ in den Palästinensischen Autonomiegebieten eskalierten die Demonstrationen auch innerhalb der arabischen Dörfer und Städte im Norden Israels. Bei den mehrere Tage andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der palästinensischen Bevölkerung, die in Israel rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht, und israelischen Sicherheitsleuten wurden 13 palästinensische Männer getötet, Hunderte verletzt und verhaftet.⁴ Die *Oktober-Unruhen* stellen ein entscheidendes Ereignis für die Identitätsbildung der palästinensischen Bevölkerung in Israel dar.⁵

Diese medienwirksam platzierte Protestaktion der Journalistin Ismail, die ein Teil einer umfangreichen Medien- und Informationskampagne palästinensischer Organisationen war, ist symptomatisch für die Entwicklung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel seit den 1990er Jahren. Organisiert als politische Parteien,⁶ Vereine und NGOs, sind die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ein Spiegel der verstärkten Politisierung und Mobilisierung der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels. So ist allein die Anzahl der NGOs mit vornehmlich palästinensischer Mitarbeiter- und Mitgliederstruktur zwischen 1989 und 1998 von rund 400 auf mehr als 1000 Organisationen angestiegen.⁷

Nicht nur die quantitative Entwicklung des Sektors lässt aufmerken, auch die Entwicklung und Ausdifferenzierung der Tätigkeitsfelder, die Themen und vor allem die Erfolge und Errungenschaften der Institutionen zeugen von einem veränderten politischen Bewusstsein und einem gestärkten Selbstbewusstsein der palästinensischen Minderheit⁸ in Israel. Obwohl die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Israel seit der Gründung des Staates Israels weit reichenden Diskriminierungen ausgesetzt sind und als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse angesehen werden, galt die palästinensische Bevölkerung Israels jahrzehntelang als in politischer Hinsicht ausgesprochen passive ethnische Minderheit.⁹

Stellten die palästinensischen Araberinnen und Araber bis 1948 die indigene Mehrheitsbevölkerung Palästinas dar, so wurden sie mit Gründung und Konsolidierung des Staates Israel zur einer *homeland-minority*¹⁰ in dem sich als jüdisch definierenden Staat. Zwar wurde der „arabischen Minderheit“ bzw. den „arabischen Israelinnen und Israelis“ – wie die gängigen Bezeichnungen lauten – die formelle israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt, eine staatsbürgerliche Gleichberechtigung implizierte das in dem ethnisch-religiös organisierten Staat jedoch keinesfalls.

Vor diesem Hintergrund ist der Wandel, der sich seit den 1990er Jahren abzeichnet, umso auffälliger. Er veranlasste den israelischen Historiker Moshe Zuckermann, von der „Generation der wütenden jungen Männer und Frauen“ zu sprechen, die Jahrzehnte nach dem Verlust des arabischen Palästinas gegen die passive und angepasste Haltung ihrer Eltern und Großeltern aufbegehrt:

Die 48er-Generation kuschte. Heute fragen junge Araber ihre Väter: Warum habt ihr euch so gebückt, warum habt ihr die Schnauze gehalten, warum habt ihr die Okkupation eures Heimatlandes hingenommen? Es gibt eine ganz neue Generation von angry young men and women, die die Passivität der Väter und Großväter nicht mehr bereit ist zu akzeptieren.¹¹

Die zunehmende Politisierung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel konstituiert sich über einen vermeintlichen Spagat, bei dem sie sich einerseits auf die israelische Staatsbürgerschaft berufen und andererseits ihr palästinensisches Selbstverständnis sowie ihre Zugehörigkeit zur palästinensischen Nation betonen. Neben einer verstärkten Selbstorganisation kommt diese Entwicklung auch in der mittlerweile gängigen Selbstbezeichnung als Palästinenserin bzw. Palästinenser zum Ausdruck, wie zahlreiche Umfragen und auch meine Gespräche mit politischen Aktivistinnen und Aktivisten bestäti-

gen.¹² Die Entwicklung, Stärkung und Vermittlung palästinensischer Identität bildet einen Eckstein politischen Handelns; umgekehrt gilt, dass der Aufbau palästinensischer Institutionen zugleich Ausdruck und Betonung palästinensischer kollektiver Identität ist. Die israelische Politik der Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit setzte unter den Palästinenserinnen und Palästinensern eine Gegenbewegung in Gang, die sich über eine positive Aneignung des „palästinensischen Faktors“ begründete und eine selbstbewusste Form der Solidarität etablieren konnte.

1.1 Fragestellung

An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an und fragt nach den Hintergründen dieser Entwicklung und nach den Faktoren, die zur Gestaltung und Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft beigetragen haben. Vereinfacht ausgedrückt bezeichnet Zivilgesellschaft den gesellschaftlichen Bereich, der weder zum Staat noch zur Familie gehört.¹³ Ausgehend von einer Forschungsperspektive, die die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel nicht losgelöst von den Entwicklungen auf der anderen Seite der *Grünen Linie*¹⁴, sondern als Teil einer gesamtpalästinensischen Zugehörigkeit begreift, stellt die Arbeit den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und den (fragmentarischen) palästinensischen Staatsbildungsprozess der 1990er Jahre als Zäsur für die politische und identitätsbezogene Positionierung der palästinensischen Minderheit dar.

Um Missverständnissen in Bezug auf einige Termini vorzubeugen, möchte ich bereits an dieser Stelle verschiedene zentrale Begriffe kurz erläutern: Der Ausdruck Identität, der für die vorliegende Untersuchung leitend ist, basiert auf einem konstruktivistischen Identitätsverständnis, das den Prozesscharakter und die Veränderbarkeit von Identität betont und gleichzeitig die zentrale Rolle, die Identitäten für und in ethno-politischen Gruppen und Konflikten spielen können, anerkennt und ernst nimmt. Für die Überlegungen zu einer palästinensischen Identität soll demnach mit der Philosophin Carolin Emcke ein „dünnere“ Identitätsbegriff gelten, der die mit der Anerkennung von Identitäten potentiell einhergehende Essentialisierung, Homogenisierung und Stabilisierung solcher zu vermeiden sucht und stattdessen ihre Heterogenität und Kontextabhängigkeit im Blick behält.¹⁵ Gleiches gilt auch für das Verständnis von Ethnizität und Nationalismus als Subkategorien kollektiver Identität. Sie werden als veränderbare Prozesse von Ein- und Ausschluss verstanden, die von sozialen Akteuren gestaltet und kommuniziert werden. Begriffe wie Staat, Nation, Mehrheit und Minderheit sowie ihre semantischen Derivate werden den

Überlegungen des amerikanischen Soziologen Roger Brubaker folgend eher als relationale und dynamische Felder, als Beziehungen und Stellungen (*stances*) betrachtet denn als statische ethnographische Kategorien.¹⁶

Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel werden in dieser Studie als ethnopolitisch handelnde Gruppe begriffen. Dabei bezeichnet ethnopolitisch jenen Zusammenhang, in dem ethnische Merkmale politisiert und als Ein- bzw. Ausschlusskriterien sozialer Organisation geltend gemacht werden. Die Voraussetzungen für ethnopolitisches Handeln werden mit Blick auf einen prominenten Ausschnitt der palästinensischen Zivilgesellschaft, nämlich NGOs und Vereine aus dem säkularen gesellschaftlichen Spektrum, untersucht. Dazu zählen eine ausgeprägte ethnokulturelle Identität (*ethnocultural identity*), ein entsprechendes Ausmaß kollektiver Anreize (*incentives*), die Kapazitäten der Gruppe für politisches Handeln (*capacities*) sowie die politischen Möglichkeiten (*political opportunities*). Die Untersuchung erstreckte sich über die 1990er Jahre sowie die Jahre 2000 bis 2003.

Der Fokus auf nicht religiös orientierte Organisationen beruht auf zwei Überlegungen: Die säkularen Organisationen sind wesentlich präsenter in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung um Rolle und Position der palästinensischen Minderheit in Israel als die religiös argumentierenden Akteure. Während letztere überwiegend auf Dorfebene und im karitativen Bereich tätig sind, ist die Mehrheit der thematisch ausgerichteten und landesweit tätigen NGOs säkularen Charakters. NGOs können sich zudem nur in Maßen als explizit islamisch positionieren, da hier verstärkte Restriktionen seitens des israelischen Staates drohen. Es sind nicht zuletzt diese Gründe, die dazu führten, dass säkulare NGOs das Bild palästinensischen zivilgesellschaftlichen Aktivismus im Untersuchungszeitraum besonders geprägt haben.

Die Schwerpunktsetzung auf nicht religiöse Organisationen war zudem forschungstechnischen Erwägungen geschuldet: Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Lage in den Jahren 2000 und 2001 erhielt das Forschungsthema zusätzliche Brisanz und wäre ohne den Rückgriff auf persönliche Kontakte und Netzwerke nur schwer durchführbar gewesen. Angesichts der politischen Lage erschien insbesondere die translokale Forschungsperspektive, die auf palästinensische Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus abhob, im islamisch oder islamistisch geprägten gesellschaftlichen Spektrum, zu dem darüber hinaus keine vorherigen Kontakte bestanden, heikel und wenig Erfolg versprechend.

Konkret orientiert sich die Arbeit an folgenden Fragen:

- a. Welche Faktoren haben das ethnopolitische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser im Untersuchungszeitraum bedingt?
- b. Welche Themen und Inhalte, Ziele und Strategien waren von zentraler Bedeutung für die palästinensische Zivilgesellschaft?
- c. Wer waren die beteiligten NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten und auf welcher Motivation basierte ihr zivilgesellschaftliches Engagement?
- d. Wie prägten die zeitweise intensiven translokalen zivilgesellschaftlichen palästinensisch-palästinensischen Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus die palästinensische Zivilgesellschaft in Israel?
- e. Welchen Einfluss übten der israelisch-palästinensische Friedensprozess sowie der (fragmentarische) palästinensische Staatsbildungsprozess auf die kollektive Identität der palästinensischen Bevölkerung in Israel aus?
- f. Welche Rolle spielten die *Oktober-Unruhen* für Selbstverständnis und Motivation der Aktivistinnen und Aktivisten?

Die vorliegende Untersuchung soll dazu beitragen, eine Reihe von Forschungslücken zu füllen. Es gibt bisher, wie die Ausführungen zum Stand der Forschung zeigen werden, nur wenige Arbeiten, die sich ausdrücklich mit der palästinensischen Zivilgesellschaft beschäftigen und kaum eine basiert auf empirischer Forschungstätigkeit. Insbesondere Formen einer in NGOs organisierten palästinensischen Widerstands- und Protestkultur¹⁷ sind bisher wenig berücksichtigt worden.¹⁸ Vielmehr werden die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel vornehmlich als passive Gegenüber und dem ideologischem Hintergrund entsprechend als Opfer oder Nutznießer des israelischen Staates beschrieben. Anders in der vorliegenden Arbeit, in der sie konzeptionell als ethnopolitische Akteure begriffen werden. Mit dem Fokus auf NGOs als prominente Vertreter der Zivilgesellschaft rücken besonders jene Akteure in den Mittelpunkt des Interesses, die Protest organisieren, Widerstand formulieren und sich aktiv an gesellschaftlichen Wandlungsprozessen beteiligen. Durch die empirische Ausrichtung der Arbeit können die Diskurse und vor allem die Handlungen der Akteure analysiert werden, aus denen sich im Weiteren Aussagen über den innerisraelischen Konflikt und seine zentralen Themen, das Selbstverständnis der Aktivistinnen und Aktivisten sowie ihre Motivationen, Strategien und Ziele ableiten lassen. Damit kann erstens das Verständnis von ethnischer Selbstorganisation im israelischen Kontext verbessert werden; über das Fallbeispiel hinaus liefert die Arbeit aber auch einen Beitrag zur Minder-

heitenforschung, in der Fragen nach Selbstorganisation und Identität konstitutiv sind.

In Bezug auf die Zivilgesellschaftsdebatte thematisiert die Arbeit einen Aspekt, der mit Blick auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in ethnopolitischen Konflikten häufig ausgeblendet wird: Zivilgesellschaftliche Akteure sind nicht nur stark von den jeweiligen Konflikten geprägt, sondern sind bzw. können selbst teilnehmende Akteure in diesen Konflikten sein. Auch NGOs nehmen in Konfliktsituationen nicht unbedingt moderierende Funktionen ein, sondern haben durchaus antagonistische Ambitionen, die kurz- und mittelfristig auch Konflikt eskalierend wirken können.

Die translokale Forschungsperspektive, welche die palästinensische Bevölkerung in Israel als Teil einer größeren, grenzüberschreitenden Identitäten-Gruppe begreift, in der Handlungszusammenhänge gestaltet und Identitäten gebildet werden, füllt eine weitere Forschungslücke. Sie trägt einerseits zu einem verbesserten Verständnis von Gruppenbildungsprozessen im palästinensischen Kontext bei, zum anderen leistet sie einen Beitrag zur Translokali-täts- und Transnationalismusforschung, in der das Spannungsverhältnis von Staat und grenzüberschreitenden Konfigurationen von besonderem Interesse ist.

1.2 Einführung in die Konfliktsituation

Zur Darstellung des Kontextes, in dem das ethnopolitische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser stattfindet, möchte ich zunächst eine kurze Einführung in die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel geben. Neben den historischen Hintergründen des israelisch-palästinensischen Konfliktes sowie der innerisraelischen Konfliktsituation werden dazu die wesentlichen Formen staatlicher Diskriminierung gegenüber den palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern skizziert. Zudem wird der Begriff der Ethnokratie eingeführt und erläutert, der in der Arbeit als Bezeichnung des politischen Systems Israels leitend sein soll.

Historische Hintergründe

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist im Kern ein territorialisierter Nationalitätenkonflikt, d. h. ein Konflikt zweier Nationen oder Nationalitätengruppen um denselben geographischen Raum: das historische Palästina.¹⁹ In der Zeit des *Osmanischen Reiches* ein Teil der Provinz Syrien, war das Gebiet des historischen Palästinas mehrheitlich von muslimischen und christlichen Araberinnen und Arabern sowie von einer kleinen jüdischen Gemeinde bewohnt.²⁰

Mit dem Zusammenbruch des *Osmanischen Reiches* wurden während des ersten Weltkrieges verschiedene, sich gegenseitig widersprechende Pläne zur Aufteilung der Region – und damit auch Palästinas – diskutiert. Einer dieser Pläne, der 1920 umgesetzt wurde, sah die Errichtung eines britisch-französischen Mandatsystems in der Region vor. Parallel dazu war allerdings zwischen Großbritannien und dem Scherifen Hussein von Mekka vereinbart worden, auf den Gebieten der Arabischen Halbinsel, des Iraks und Syriens (einschließlich Libanon und Palästina) ein unabhängiges großarabisches Reich zu gründen. Fast gleichzeitig hatte Großbritannien zudem der zionistischen Bewegung die Zusage erteilt, in Palästina eine jüdische Heimstätte zu errichten. Dieses Versprechen, das später in die Präambel des Mandatsvertrages aufgenommen wurde, empfand man seitens der Araber als großen Vertrauensbruch. War das Vorhaben der Errichtung einer jüdischen Heimstätte im Rahmen der Verbreitung des politischen Zionismus zunächst als Reaktion auf die Abnahme jüdischer Identität in Europa gedacht, erhielt es mit zunehmendem Antisemitismus sowie vor dem Hintergrund des Holocaust eine besondere Dringlichkeit: Zwischen 1882 und 1947 immigrierten rund 650.000 europäische Jüdinnen und Juden nach Palästina.

Mit Bekanntwerden der Intention der Migrantinnen und Migranten, vor Ort einen Staat gründen zu wollen, verschlechterte sich das bis dahin relativ gute Verhältnis zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung des Landes. Die britische Mandatsmacht (1920-1947) konnte zunehmende Eskalationen nicht verhindern; aufgrund ihrer widersprüchlichen Politik gegenüber den beiden konkurrierenden Gruppen wurde sie schließlich selbst zur Angriffsfläche. Im Februar 1947 übergab Großbritannien deshalb sein Mandat an die *United Nations (UN)*. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Gesamtbevölkerung Palästinas rund 1,94 Million Menschen, zwei Drittel davon waren Araberinnen und Araber, ein Drittel Jüdinnen und Juden.²¹

Um die Lage zu befrieden und den Ansprüchen beider Bevölkerungsgruppen möglichst gerecht zu werden, beschloss die Vollversammlung der *UN* am 29. November 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Teil. Der Teilungsplan sah die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates auf 15.100 qkm (56,47 %) und die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates auf 11.600 qkm (42,88 %) des Mandatgebiets vor. Zudem sollte Jerusalem zur internationalen Zone deklariert und zwischen beiden Staaten eine Wirtschaftsunion eingerichtet werden.²²

Die Führung des *Yishuv*, der jüdischen Bevölkerung Palästinas, begrüßte den Teilungsplan zunächst als internationale Unterstützung und Legitimation

ihrer Absicht, einen „Judenstaat“ in Palästina zu errichten. Gleichzeitig waren – der Analyse des israelischen Historikers Avi Shlaim zufolge – Teile der zionistischen Führung um David Ben-Gurion, der nach der Staatsgründung Israels erster Ministerpräsident wurde, aber nicht bereit, die für den jüdischen Staat vorgesehenen Grenzen anzuerkennen und planten stattdessen eine territoriale Ausdehnung des Staatsgebietes im Verlauf der zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen. In König Abdallah von Jordanien, der sich seinerseits durch die Unabhängigkeitsbestrebungen der palästinensischen Araberinnen und Araber bedroht fühlte, fand die zionistische Führung einen geeigneten Partner für den Plan, das Mandatsgebiet zwischen den Zionisten und Jordanien aufzuteilen.²³

Die arabische Seite, vertreten durch das *Hohe Arabische Komitee* sowie die arabischen Staaten, wies, nachdem sie schon im Vorfeld ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Teilung Palästinas signalisiert hatte, den Plan zurück. Diese Absage, die den Palästinenserinnen und Palästinensern seitdem als verpasste historische Chance vorgeworfen wird, beruhte nur zum Teil auf der deutlichen Benachteiligung, die der Teilungsplan sowohl in quantitativer (Gebietsgröße) als auch in qualitativer Hinsicht (Bodenqualität) für die Araber darstellte. Entscheidender für deren kompromisslose und wenig kooperative Haltung war die Tatsache, dass sie die zionistischen Einwanderinnen und Einwanderer als koloniale Siedlerbewegung verstanden und dementsprechend keinerlei Verständnis für eine Teilung des Landes aufbrachten.²⁴

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Teilungsplanes und der Ankündigung der Briten, sich am 15. Mai 1948 endgültig aus Palästina zurückzuziehen, reagierten die Araber mit Generalstreiks und Übergriffen auf jüdische Ziele. Die Situation eskalierte und die jüdischen Streitkräfte begannen mit der Einnahme arabischer Siedlungen. Zum offiziellen Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges nach der Deklaration des Staates Israel am 15. Mai 1948, hatten die jüdischen Streitkräfte bereits eine Vielzahl arabischer Siedlungen, darunter Tiberias (*Ṭabarīya*), Haifa (*Ḥaifā*), Jaffa (*Yāfā*), die arabischen Viertel der Jerusalemer Neustadt, Safad (*Ṣafad*) und Akko (*ʿAkkā*) eingenommen; tausende Palästinenserinnen und Palästinenser befanden sich auf der Flucht.²⁵

Der Krieg, der auf israelischer Seite als Unabhängigkeitskrieg, von Palästinenserinnen und Palästinensern als *Nakba* (arab.: *Katastrophe*) bezeichnet wird, veränderte die politische und demographische Landschaft der Region vollständig: Israel hatte sich gegen die Armeen Ägyptens, Syriens, Libanons, Iraks und Jordanien behauptet und sein Staatsgebiet um ein zusätzliches Drit-

rel auf über 20.000 qkm ausgeweitet. Dagegen war die Gründung eines unabhängigen arabischen Staates, wie ihn der Teilungsplan vorsah, verhindert worden; vielmehr hatte Jordanien das Westufer des Jordans, das später so genannte Westjordanland sowie den Ostteil Jerusalems erobert, während der Gazastreifen von Ägypten kontrolliert wurde.

Für die indigene arabisch-palästinensische Bevölkerung des Landes hatte der Krieg verheerende Folgen: Ein Großteil derer, die auf dem Gebiet des neuen Staates Israel gelebt hatten, war geflohen bzw. vertrieben worden. Von den ursprünglich 950.000 Menschen wurden 837.500 zu Flüchtlingen, von denen die überwiegende Mehrheit (800.000) in die Westbank, den Gazastreifen, die umliegenden arabischen Staaten und 37.500 als so genannte interne Flüchtlinge²⁶ innerhalb des israelischen Territoriums flüchteten. Nur 122.500 Palästinenserinnen und Palästinenser blieben in ihren Heimatorten.²⁷ Die insgesamt 160.000 in Israel zurückgebliebenen Palästinenserinnen und Palästinenser wurden nach dem Krieg einer Militärverwaltung unterstellt, die ihre politischen Rechte stark einschränkte. In den Jahren nach der Staatsgründung erhielten sie sukzessive die israelische Staatsbürgerschaft.

Während des Krieges und in darauf folgenden Jahren zerstörte oder entvölkerte die israelische Armee rund 400 arabische Dörfer und konfiszierte große Teile des arabischen Grund und Bodens. Zusammen mit der Flucht und Vertreibung eines Großteils der Bevölkerung, unter ihnen die städtische Elite und Intelligenz, führte dies zu einem völligen Zusammenbruch der politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen.²⁸

Die Gründe für die Massenflucht der lokalen Bevölkerung und insbesondere das Verhalten der jüdischen bzw. israelischen Streitkräfte im 1948er-Krieg werden in der israelischen Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert, wobei es letztlich um die Frage nach der politischen Verantwortung für das Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser geht. Während die israelische Geschichtsschreibung die Flucht der arabischen Bevölkerung in erster Linie auf die Fehleinschätzung ihrer politischen Führung sowie auf die falschen Versprechungen der Führer der arabischen Nachbarländer zurückführt und eine Vertreibung der Bevölkerung durch israelische Streitkräfte leugnet, haben Studien der *Neuen Historiker* gezeigt, dass es konkrete Pläne und Anweisungen zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung gegeben hatte.²⁹ Der israelische Historiker Benny Morris, der als einer der ersten israelischen Wissenschaftler die Hintergründe für die Flucht der Palästinenserinnen und Palästinenser analysierte, bezichtigt die israelischen Streitkräfte zahlreicher Kriegsverbrechen an

der palästinensischen Bevölkerung, wie Vergewaltigungen, Massaker und willkürliche Erschießungen.³⁰ Darüber hinaus zeigt er, dass es explizite Anweisungen zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung gegeben hat, wie etwa im Fall des Dorfes Lod (*al-Lidd*) im Sommer 1948 und bei der *Operation Hiram* im Oktober 1948. Morris führt diese Politik des partiellen „Transfers“³¹ der arabischen Bevölkerung auf die Überzeugung David Ben-Gurions zurück, dass die Errichtung eines jüdischen Staates mit einer großen feindlichen Minderheit nicht zu realisieren gewesen wäre:

From April 1948, Ben-Gurion is projecting a message of transfer. There is no explicit order of his in writing, there is no orderly comprehensive policy, but there is an atmosphere of [population] transfer. The transfer idea is in the air. The entire leadership understands that this is the idea. The officer corps understands what is required of them. Under Ben-Gurion, a consensus of transfer is created (...) He understood that there could be no Jewish state with a large and hostile Arab minority in its midst. There would be no such state. It would not be able to exist.³²

Die Realisierung des zionistischen Projektes in Form der israelischen Staatsgründung basierte demnach auch auf der weit reichenden Zerstörung der Existenz der indigenen palästinensischen Bevölkerung. Allerdings sind große Teile der in Israel politisch Verantwortlichen und der israelischen Öffentlichkeit bis heute nicht bereit, sich mit diesen Aspekten der Staatsgründung und den palästinensischen Erfahrungen von 1948 auseinanderzusetzen. Im Gegenteil haben sich im Kontext der Entwicklungen der *Oktober-Unruhen* jene Stimmen gemehrt, die öffentlich die Legitimität der Palästinenserinnen und Palästinenser als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Frage stellen.³³

Im palästinensischen Kollektivgedächtnis dagegen nimmt die *Nakba* einen zentralen Stellenwert ein und wird als Inbegriff von Verlust und Zerstörung des „arabischen Palästina“ gesehen. Die *Nakba* bedeutet nicht nur eine historisch-politische Zäsur, sondern wirkt als Trauma fort, das seit Jahrzehnten Ausgangspunkt und Bezugsrahmen palästinensischer Identität und politischen Handelns darstellt. Die fortdauernde Tabuisierung dieser palästinensischen Erfahrung auf Seiten israelischer Politik und Gesellschaft betrachten viele Palästinenserinnen und Palästinenser als großes Defizit und schwere Belastung für die jüdisch-arabische Koexistenz.³⁴

Das jüdisch-palästinensische Verhältnis ist insgesamt von einem doppelten Minderheitenkomplex geprägt: Beide Konfliktgruppen verstehen sich – aller-

dings auf unterschiedlichen Ebenen – als Minderheiten.³⁵ Aus jüdisch-israelischer Sicht stellen Jüdinnen und Juden zwar innerhalb Israels die Mehrheit der Bevölkerung, regional befinden sie sich jedoch im Nahen und Mittleren Osten in der Rolle einer Minderheit. Umgekehrt sind die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb Israels zwar Angehörige der Minderheit, im regionalen Kontext aber Teil der arabischen Mehrheitsbevölkerung. Dieser Minderheitenkomplex geht mit einem doppelten Opferkomplex einher, in dem sich beide Gruppen als Opfer wahrnehmen und mit dieser Haltung ihr politisches Handeln legitimieren.

Israel als Ethnokratie

Im Jahr 2003 leben 1,3 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel, was fast ein Fünftel der israelischen Gesamtbevölkerung ausmacht.³⁶ Die meisten von ihnen sind sunnitische Muslime (81 %) oder gehören der christlichen (10 %) oder drusischen³⁷ Religion (9 %) an. Zwar leben sie über das ganze Land verteilt, Gebiete mit besonders hoher palästinensischer Bevölkerungsdichte sind jedoch Galiläa im Norden Israels, das so genannte Dreieck (*al-Muṭallat*) nahe der *Grünen Linie* im Zentrum des Landes und die Negev-Wüste. Die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung wohnt in arabischen Dörfern und kleineren Städten und nur ein vergleichsweise kleiner Teil lebt in den gemischten jüdisch-arabischen Städten wie Akko und Haifa (8 %). 6 % der Palästinenserinnen und Palästinenser lebt in so genannten nicht anerkannten Dörfern (*al-qurā ġair al-mu'taraf bi-hā*), d. h. in Siedlungen, die von staatlicher Seite nicht legalisiert sind und die nicht an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen sind.³⁸

Aufgrund der weitgehend durch Segregation geprägten Wohnsituation gibt es nur wenig direkten Kontakt zwischen den Angehörigen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung. Das zweigliedrige israelische Schulsystem, welches hebräischsprachige Schulen für jüdische sowie arabischsprachige Schulen für palästinensische Schülerinnen und Schüler vorsieht, unterstützt diese Verhältnisse. Obwohl an den Schulen Hebräisch bzw. Arabisch als Zweitsprache unterrichtet wird, erschweren sprachliche Defizite zusätzlich die soziale und ethnische Integration. Menschen, die also nicht in gemischten Städten wohnen, lernen Angehörige der anderen Bevölkerungsgruppe erst spät am Arbeitsplatz oder an der Universität kennen.

Die Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ist komplex: Als Staatsbürgerinnen und -bürger profitieren sie – trotz zahlreicher Ein-

schränkungen – von der rechtsstaatlichen Grundstruktur des Staates, von seinen sozialen Sicherungssystemen sowie von der vergleichsweise guten ökonomischen Situation des Landes. Zum anderen leben sie als nicht jüdische Minderheit in einem sich als jüdisch definierenden Staat und sind zudem Teil der palästinensischen Nation, mit der sich Israel seit Jahrzehnten im Konflikt befindet. Die darauf basierende Stigmatisierung als eine zum „Feind“ gehörende Bevölkerungsgruppe (*enemy-affiliated minority*)³⁹ wird in Teilen der politischen Landschaft Israels und abhängig von der politischen Lage mal mehr, mal weniger explizit formuliert.

Das jüdische Selbstverständnis des Staates, das in der nationalen Geschichtsschreibung, in Gesetzen und Symbolen, in offiziellen Feiertagen, Festen, Liedern und nicht zuletzt in der Nationalhymne zum Ausdruck kommt, reflektiert die Vorrangigkeit ethnisch-religiöser Kriterien gegenüber der zivilen staatsbürgerlichen Anbindung. Anders als in liberalen Demokratien, in denen das Verhältnis zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern über die Staatsbürgerschaft organisiert wird, weist das israelische Regime die Merkmale einer Ethnokratie auf. Als ethnokratisch werden solche Regime bezeichnet, in denen nicht die Staatsbürgerschaft, sondern Ethnizität das entscheidende Kriterium für den Erhalt staatlicher Ressourcen darstellt und in denen die dominante ethnische Gruppe den Staatsapparat stellt, die Politik bestimmt und über Kontrolle von ethnischen Minderheitengruppen ihre eigene Dominanz sichert.⁴⁰

Der „ethnische“ Charakter des israelischen Regimes ist Thema einer seit 1990 von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geführten Debatte.⁴¹ Während ein weitgehender Konsens darüber besteht, dass Israel ein „ethnischer“ Staat ist, in dem der Zugang zu staatlichen Ressourcen über Ethnizität organisiert und in dem die Dominanz einer ethnischen Gruppe institutionalisiert ist, dreht sich die Diskussion vor allem um die Bewertung dieser Situation. Im Mittelpunkt steht also die Frage, ob Israel trotz seiner ethnischen Prägung eine Demokratie ist oder nicht. Mit Blick auf die Möglichkeiten politischer Teilhabe und Gleichberechtigung der nicht dominanten ethnischen Gruppe – der palästinensischen Minderheit – kommt dieser Frage eine grundlegende Bedeutung zu.

Der Soziologe Sammy Smooha gehört zu den prominentesten Vertretern des demokratischen Ansatzes und bezeichnet Israel als „ethnische Demokratie“. In solchen wird ein demokratisches System mit der institutionalisierten Dominanzsicherung der innerhalb des Staates dominanten Bevölkerungsgruppe verknüpft:

The state is considered to be the homeland of the majority and caters primarily to its needs, while it casts doubt on the loyalty of the minority and places it under control in order to prevent disorder and instability. In its democratic qualities, ethnic democracy is a system falling somewhere between consociational and Herrenvolk democracy.⁴²

Der Geograph Oren Yiftachel kritisiert diesen Ansatz als Versuch der Legitimation eines in seinen Augen undemokratischen Regimes. Er vertritt die Meinung, dass das israelische System aufgrund der folgenden Merkmale eine Ethnokratie darstellt: der Vorrang von Ethnizität gegenüber der Staatsbürgerschaft; die unvollständige Gewährung politischer und ziviler Rechte für Minderheiten; die Charakterisierung als Siedlergesellschaft und die fehlende Deckungsgleichheit von Staatsgrenzen (*borders*) und staatlichem Einflussbereich (*boundaries*) aufgrund der großen Rolle, die die Diasporagemeinschaft für das israelische System spielt.⁴³

In dieser Arbeit wird der Begriff Ethnokratie gewählt, um das Dominanzsystem zwischen ethnischer Mehr- und Minderheit analytisch in den Blick zu nehmen und um darauf hinzuweisen, dass im bestehenden System die Gleichberechtigung der Minderheit deutliche Grenzen hat. Mit der Nutzung des Konzepts der Ethnokratie soll allerdings nicht die Tatsache ignoriert werden, dass es – jenseits dieses zentralen Dominanzsystems – auch innerhalb der jüdisch-israelischen Bevölkerungsmehrheit unterschiedliche ethnische Gruppen sowie eine ethnische Stratifikation gibt.⁴⁴

Der ethnokratische Charakter des Staates spiegelt sich in einer Vielzahl von Gesetzen und Vorschriften wider, die die palästinensische Bevölkerung in ihren Land- und Wohnrechten, ihren sozioökonomischen Rechten und ihren Bildungsrechten strukturell benachteiligt.⁴⁵ Zu den Gesetzen, die den Charakter des Staates und sein Verhältnis zu der palästinensischen Bevölkerung in besonderem Maße bestimmen, gehören das *Gesetz über das Eigentum der Abwesenden*, das *Rückkehrrecht* sowie der Teil des Grundgesetzes, der Israel als den Staat des jüdischen Volkes definiert.

Das *Gesetz über das Eigentum der Abwesenden*, das 1950 vom israelischen Parlament verabschiedet wurde, erklärt alle Palästinenserinnen und Palästinenser, die sich zu einem spezifischen Zeitpunkt während des Krieges nicht in ihren Heimatorten aufhielten, sondern geflüchtet waren, zu „Abwesenden“. Diese haben keinerlei Anspruch darauf, Eigentumsrechte oder Kompensationszahlungen geltend zu machen. Allein innerhalb Israels gelten heute rund

280.000 Menschen – Binnenflüchtlinge, die während des Krieges innerhalb Israels vor den Kampfhandlungen geflohen waren sowie ihre Nachkommen – als „Abwesende“.⁴⁶ Vor dem Hintergrund dieses Gesetzes ist die Bezeichnung der „anwesenden Abwesenden“ entstanden, die über die juristische Einordnung hinaus die grundlegende Ambivalenz der Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel symbolisiert.

Während den palästinensischen „anwesenden Abwesenden“ die Rückkehr in ihre Dörfer in der Regel verwehrt bleibt, berechtigt das *Rückkehrrecht*, das ebenfalls aus dem Jahr 1950 stammt, weltweit alle Jüdinnen und Juden nach Israel zu immigrieren, die israelische Staatsbürgerschaft zu erlangen und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Eine weitere Bestimmung, die das Verhältnis zwischen Staat und den arabischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in besonderer Weise kennzeichnet, ist die 1985 ins Grundgesetz eingefügte Definition des *Staates Israel als jüdischer Staat* (Zusatz Nr. 9). Laut diesem Gesetz können jene politischen Parteien von der Teilnahme an den Parlamentswahlen ausgeschlossen werden, die implizit oder explizit die Existenz des Staates Israel als jüdischen Staat in Frage stellen, den demokratischen Charakter des Staates leugnen oder rassistisch argumentieren.⁴⁷ Damit grenzt es nicht nur den nicht jüdischen Teil der israelischen Bevölkerung aus dem Selbstverständnis des Staates aus, sondern schränkt auch den politischen Handlungsspielraum jener – in der Mehrzahl palästinensischen – politischen Akteure ein, die den ethnokratischen Charakter des Staates kritisieren und für eine Neuorientierung des staatlichen Selbstverständnisses plädieren.⁴⁸

Formen staatlicher Diskriminierung

Die ethnische Struktur und Organisation des Staates hat neben dem Ausschluss der palästinensischen Bevölkerung aus Selbstverständnis und Selbstdarstellung des Staates konkrete Folgen für die Gestaltung und Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft. Auch wenn hier eine Vielzahl von Faktoren zusammenkommt, die die Möglichkeiten der sozioökonomischen Entwicklung der arabischen Kommunen beeinflussen, und es sicherlich verkürzt wäre, die bestehenden Probleme allein auf die politisch-administrativen Rahmenbedingungen zurückzuführen, so sind diese doch eine entscheidende Ursache für viele Entwicklungshemmnisse. Die Veränderung dieser Rahmenbedingungen, wie sie nach den *Oktober-Unruhen* von einer Gruppe jüdischer und arabischer israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den *Ratschlägen für*

die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel gefordert wurde, könnte auf jeden Fall dazu beitragen, den Handlungsrahmen für die Entwicklung der arabischen Bevölkerung deutlich zu vergrößern.⁴⁹

Besonders offensichtlich zeigt sich die Benachteiligung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre Land- und Wohnrechte.⁵⁰ Als Ergebnis umfangreicher Enteignungsmaßnahmen von arabischem Grund und Boden sind heute de facto 93 % des Landes in staatlichem Besitz. Aufgrund der ethnischen Orientierung der *Israeli Land Administration (ILA)* und der *Jewish Agency (JA)*, die mit der Verwaltung des Bodens bzw. der Planung neuer Siedlungen betraut sind und die mit einem komplexen Regelwerk den Kauf von Land für die palästinensische Bevölkerung erschweren, ist es für diese beinahe unmöglich, Land zu kaufen oder zu pachten.⁵¹ So sind auch die neuen Dörfer und Städte, die von der *JA* auf Staatsland geplant werden, ausschließlich jüdischen Israelinnen und Israelis vorbehalten. Eine Folge dieser Politik ist es, dass obwohl sich die palästinensische Bevölkerung seit der Staatsgründung mehr als versechsfacht hat, mit Ausnahme der so genannten Beduinenstädte⁵² im Negev, seit 1948 keine neuen arabischen Dörfer und Städte genehmigt wurden. Allerdings wurden seitdem rund 700 neue Ortschaften für jüdische Bewohnerinnen und Bewohner errichtet. Obwohl einige arabische Dörfer mittlerweile semi-urbanen Charakter besitzen, verhinderte diese Landpolitik die Entstehung bzw. Entwicklung von arabischen Städten. Dieses Fehlen urbaner Zentren machen palästinensische Politikerinnen und Politiker mitverantwortlich für die ihrer Meinung nach kulturellen und politischen Defizite der palästinensischen Bevölkerung.⁵³ Landenteignungen, angedrohte oder durchgeführte Vertreibungen sowie die Weigerung des Staates, die nicht anerkannten Dörfer zu legalisieren, führen zu einer weiteren Verschärfung der Wohnsituation, die nicht nur insgesamt entwicklungshemmend wirkt, sondern darüber hinaus eine Vielzahl ökonomischer und sozialer Probleme nach sich zieht.⁵⁴ Dass diese Politik auch innerhalb der staatlichen Instanzen zu Kontroversen führt, zeigt die Entscheidung des *Obersten Gerichtes* vom März 2000, in der der Klage einer arabischen Familie stattgegeben wurde, in der jüdischen Siedlung Katzir – in der Nähe der Stadt Hadera – ein Grundstück zu pachten. Die Entscheidung stellt einen Präzedenzfall in der Geschichte der israelischen Landpolitik dar.⁵⁵

Auch in Bezug auf ihre sozioökonomischen Rechte wird die palästinensische Bevölkerung strukturell diskriminiert. Dies wird vor allem in der ungleichen Budgetierung der arabischen und jüdischen Kommunen deutlich. So er-

halten die arabischen Gemeinden durchgehend geringere staatliche Zuwendungen und werden seltener in Entwicklungsprogramme integriert als jüdische Gemeinden. Obwohl die arabischen Kommunen für ca. 12 % der Bevölkerung zuständig sind, erhielten sie beispielsweise im Jahr 1999 nur 8 % des Gesamtetats der Kommunen. Umgerechnet auf die Gelder, die pro Person zur Verfügung standen, bedeutete dies, dass die arabischen Bürgerinnen und Bürger nur zwei Drittel dessen bekamen, was der jüdischen Bevölkerung zustand.⁵⁶ Zwar versprachen in der Vergangenheit unterschiedliche Regierungen, die Budgetierung der arabischen Gemeinden zu verbessern, allerdings handelte es sich dabei um Ankündigungen, die in den meisten Fällen nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden.⁵⁷ Unter der Ägide von Ehud Barak von der *Labor Party* (hebr.: *Avoda*), der 1999 im Wahlkampf eine Erhöhung der Budgets versprochen hatte, fielen diese schließlich sogar noch niedriger aus als unter der konservativen *Likud*-Regierung von Benjamin Netanyahu. Die einzige Ausnahme bildete damals der Bildungsbereich.⁵⁸

Die Folgen dieser Diskriminierungen spiegeln sich in den gängigen sozio-ökonomischen Parametern wider. Obwohl der so genannte arabische Sektor in den vergangenen Jahrzehnten eine beträchtliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung erlebte, weist er im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weiterhin die deutlich schlechteren Ergebnisse auf: Zahlen aus dem Jahr 2000 zeigen ein geringeres Einkommen, eine höhere Arbeitslosenrate und einen doppelt so hohen Prozentsatz von Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Von den 32 Kommunen in Israel, in denen die Arbeitslosigkeit mehr als 10 % beträgt, sind 78 % arabische und 22 % jüdische Kommunen.⁵⁹

1.3 Stand der Forschung

War die Literatur, die sich mit der palästinensischen Bevölkerung in Israel beschäftigt, lange Zeit und gerade im Verhältnis zu der Fülle wissenschaftlicher Arbeiten zu Israel und Palästina insgesamt relativ überschaubar, so hat sich dies inzwischen geändert. Seit Beginn der 1990er Jahre zeichnet sich hier ein vermehrtes Forschungsinteresse ab, ein Trend, der sich nach den *Oktober-Unruhen* weiter fortsetzte. Dies ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen, die primär im Kontext regionaler politischer Entwicklungen zu suchen sind. Die meisten Forschungsarbeiten zur palästinensischen Minderheit wurden in der Vergangenheit von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt. Im Kontext ihrer intensiven Bearbeitung der verschiedensten Aspekte des israelisch-palästinensischen Konfliktes wurden schließlich auch die Palästi-

nenserinnen und Palästinenser in Israel als Thema „entdeckt“. ⁶⁰ Nicht wenige Beobachterinnen und Beobachter der politischen Entwicklungen vor Ort halten den innerisraelischen Konflikt sogar für das langfristig wesentlich schwieriger zu regelnde Problem. ⁶¹

Neben den politischen Entwicklungen führten auch Veränderungen in der israelischen Wissenschaftslandschaft zu einem erhöhten Forschungsinteresse. Dazu muss man sich zunächst die traditionell engen Beziehungen zwischen den israelischen Sozialwissenschaften und der ideologischen Basis des israelischen Staates vergegenwärtigen: Die sozialwissenschaftliche Forschung galt lange Zeit als Motor und zugleich als Spiegel des hegemonialen zionistischen Diskurses. Einerseits beteiligte sie sich durch die Bildung von Mythen und Hegemonialansprüchen an der Entwicklung dieses Diskurses. Andererseits maß sie wiederum die Ergebnisse ihrer Forschung an den Maßstäben eben dieses Diskurses. ⁶² Mit der Entstehung kritischer Strömungen in den israelischen Sozialwissenschaften seit Ende der 1980er Jahre, von denen insbesondere die *neuen Historiker* sowie die *neuen Soziologen* auch über die Grenzen des Landes hinaus bekannt wurden, beurteilte man anhand neu zugänglichen Archivmaterials die traditionelle israelische Historiographie, aber auch andere wissenschaftliche Disziplinen als geprägt von „zionistischen Gründermythen“. Zentrale Aspekte dieser Auseinandersetzung waren und sind bis heute die israelische Staatsgründung 1948, der erste arabisch-israelische Krieg 1948/49 sowie die Hintergründe der palästinensischen Flüchtlingsfrage. ⁶³ Durch diese radikale Selbstkritik, die in Israel nicht als rein akademische Debatte geführt wird, sondern durchaus auch gesellschaftliche und politische Prozesse zu beeinflussen versucht, konnten auch im Bereich der Minderheitenforschung neue Akzente gesetzt werden.

Gleichzeitig betraten in den 1980er Jahren erstmalig in größerer Anzahl palästinensische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die sozialwissenschaftliche Bühne Israels. Diese brachten schon aufgrund ihrer persönlichen Situation und Prägung ein besonderes Interesse an neuen und systemkritischen Forschungsbereichen und Forschungsansätzen zur palästinensischen Minderheit mit. Zu ihnen zählen die Soziologinnen und Soziologen Khawla Abu Baker, Nahla Abdo, Mary Totry, Aziz Haider, Majid al-Haj, Khalil Rinnawi und Nadim Rouhana, die Politikwissenschaftler Nuhad Ali, As'ad Ghanem, Amal Jamal und Ahmad H. Sa'di, der Literaturwissenschaftler Muhammad Amara, der Philosoph Azmi Bishara, der Psychologe Ramzi Suliman sowie der Organisationswissenschaftler Elias Zaidan. ⁶⁴

Auf einen umfassenden Literaturüberblick zur palästinensischen Minderheit in Israel wird verzichtet, jedoch jene Studien vorgestellt, die sich konkret mit Formen der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel beschäftigen.⁶⁵

Die meisten wissenschaftlichen Arbeiten konzeptionalisieren die Entwicklung der palästinensischen Zivilgesellschaft als einen Teil der zweigeteilten israelischen Zivilgesellschaft.⁶⁶ In *Two Civil Societies and One State: Jews and Arabs in the State of Israel*⁶⁷ beschreibt der israelische Politikwissenschaftler Gideon Doron die Wiederbelebung zweier Zivilgesellschaften in Israel, der jüdischen und der palästinensischen, seit den 1970er Jahren. Anfänge ziviler Organisation habe es zwar bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gegeben, allerdings hätte sich diese mit der zunehmenden zionistischen Einwanderung und dem Aufbau politisch-staatlicher Strukturen in Palästina sukzessive aufgelöst bzw. seien zerstört worden. Doron erklärt die Hintergründe für die relativ späte Wiederbelebung der israelischen Zivilgesellschaften mit dem nicht liberalen Charakter des israelischen politischen Systems. Mit Blick auf die Entwicklung der arabischen zivilen Organisationen weist der Autor auf die Folgen des ersten arabisch-israelischen Krieges und die anschließende Militärverwaltung hin, durch die arabisches zivilgesellschaftliches Leben nahezu vollständig zerstört wurde. Traditionelle Familienstrukturen sowie agrarwirtschaftliche Prägung und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten trugen ihren Teil dazu bei, den Aufbau arabischer zivilgesellschaftlicher Strukturen zu behindern. Erst in den 1970er Jahren und aufgrund der veränderten politischen Situation sowie der gesellschaftlichen Kapazitäten waren die Voraussetzungen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Organisationen gegeben.

Die Nahostwissenschaftlerin Angelika Timm hat sich im Rahmen des komparativ angelegten Forschungsprojektes „Zivilgesellschaft und Transformationsprozesse im Nahen Osten“⁶⁸, das an der *Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients* an der *Freien Universität Berlin* durchgeführt wurde, intensiv mit der israelischen Zivilgesellschaft beschäftigt.⁶⁹ In ihrem Aufsatz *Israeli Civil Society: Historical Development and New Challenges*⁷⁰, in dem Timm die Ergebnisse ihrer Forschung präsentiert, zeigt sie die historischen Ursprünge der israelischen Zivilgesellschaft zur Zeit des *Britischen Mandats* und diskutiert zentrale Aspekte und Diskurse der gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Akteure. Auch Timm geht von der These aus, dass sich in Israel zwei Zivilgesellschaften etabliert haben; die rasante quantitative Zunahme arabischer Organisationen in den 1990er Jahren führt die Autorin einerseits auf den so genannten Palästinisierungsprozess und auf die zunehmende Frustration der Minderheit über

den Staat zurück. Andererseits erklärt sie die Entwicklung auch mit Blick auf den Transformationsprozess, der sich auf die gesamte israelische Gesellschaft auswirkt. Hier betont die Autorin insbesondere die Einflüsse von Pluralisierung und Modernisierung.

Der Politikwissenschaftler Oliver Schmolke untersucht in seinem Aufsatz *Der israelische Staat und seine zivilen Gesellschaften: Nationaler Antagonismus versus friedliche Pluralität*⁷¹ die Genese und Entwicklung der jüdischen und palästinensischen Zivilgesellschaften Israels. Er erklärt die Hintergründe für die Abgrenzungstendenzen, die sich in den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Minderheit widerspiegeln, als „Mechanik der Dissoziation“. Dabei reagiere die palästinensische Minderheit auf die negative Fremdwahrnehmung seitens der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft mit Abgrenzungstendenzen in Form eigener Institutionenbildung.

Von den palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die politischen Parteien am ausführlichsten dokumentiert.⁷² Besonders As'ad Ghanem's *The Palestinian-Arab Minority in Israel 1948-2000: A Political Study*⁷³ liefert eine fundierte Beschreibung und Analyse der vier wesentlichen politischen Strömungen, nämlich der israelisch-arabischen, der kommunistischen, der nationalen und der islamischen von deren Entstehung bis zum Jahr 2000.

Es gibt nur wenige wissenschaftliche Arbeiten zu palästinensischen Vereinen und NGOs. Zwar weisen einige Autorinnen und Autoren in ihren Texten über die politische Entwicklung der palästinensischen Minderheit auf deren gesellschaftliche Selbstorganisation in Form von Vereinen hin, häufig jedoch deskriptiv und mit wenig empirischer Tiefe.⁷⁴

Ausführlich palästinensischen Vereinen widmet sich dagegen die Ethnographie *Citizens Apart: A Portrait of the Palestinians in Israel*⁷⁵ von Nadia Hijab und Amina Minns. Die Studie, die den Zusammenhang zwischen der Entwicklung palästinensischer Identität und dem Aufbau palästinensischer Graswurzel-Organisationen untersucht, geht von der These aus, dass die palästinensische Bevölkerung Israels einen ähnlichen Prozess der Identitäts- und Institutionenbildung durchläuft wie zuvor die Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen. Der Aufbau von Vereinen und Initiativen diene dabei sowohl der Bestätigung (*affirmation*) einer palästinensischen Identität als auch deren Stärkung (*reinforcement*).

Der palästinensische Politikwissenschaftler As'ad Ghanem und der palästinensische Organisationsberater Elias Zaidan haben mit *Patterns of Giving and Volunteering of the Palestinian Arab Population in Israel* die bislang einzige em-

pirische Studie über ehrenamtliches Engagement von Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel erstellt.⁷⁶ Sie entstand im Jahr 2000 im Rahmen der Forschungsarbeiten des *Israeli Center for Third Sector Research* an der *Ben-Gurion University of the Negev* in Beer-Sheva. Mit diesem Fokus beleuchtet die Studie zwar einen zentralen Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements, die sozio-politische Bedeutung von Vereinen und NGOs bleibt jedoch weitgehend ausgeblendet.

Aus organisationstheoretischer Perspektive werden palästinensische NGOs in Elias Zaidans Dissertation *Competences of the Leaders of Palestinian Community-Based Non-Governmental Organization in Israel – a Prospective Approach*⁷⁷ analysiert. Vor dem Hintergrund der komplexen sozio-politischen Situation, in der die palästinensischen NGOs in Israel agieren, geht die Arbeit der Frage nach, welche Kompetenzen Führungskräfte von NGOs besitzen müssen, um die Organisationen nach innen und außen erfolgreich leiten zu können.

Zunehmend mehr wissenschaftliche Beachtung finden darüber hinaus drei Subkategorien der palästinensischen Zivilgesellschaft: Dazu zählt zum einen die palästinensische Frauenbewegung, die sich hauptsächlich in Form von NGOs, aber auch in parteipolitischen Kontexten konstituiert.⁷⁸ Zum anderen sind es jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die innerhalb Israels im Bereich des jüdisch-palästinensischen Dialogs tätig sind.⁷⁹ Weiterhin sind in den letzten Jahren einige Studien erschienen, die sich mit islamischen Strukturen und Organisationen in Israel beschäftigen.⁸⁰

Neben diesen Arbeiten zur palästinensischen Zivilgesellschaft liegen einige Untersuchungen vor, die sich mit Protest- und Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel beschäftigen. In *Copying the Master? Patterns of Israeli Arab Protest, 1950-1990*⁸¹ zeigt Sam Lehman-Wilzig die Parallelen zwischen dem Protestverhalten der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung. Mit einer zeitlichen Verzögerung von fünf bis zehn Jahren folgten die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel den Protestformen der jüdischen Bevölkerung.

In *Minority Protest and the Emergence of Ethnic Regionalism: Palestinian-Arabs in the Israeli 'Ethnocracy'*⁸² konzeptionalisiert der israelische Geograph Oren Yiftachel das Protestverhalten der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel als ethnischen Protest einer *homeland-minority* im Kontext der israelischen Ethnokratie. Mit Rückgriff auf raumtheoretische Ansätze beschreibt er die Entwicklung palästinensischer Proteste, die er hauptsächlich anhand des Streikverhaltens in den Jahren 1975 bis 1991 analysiert, als eine Reaktion auf

nationale Themen, sozioökonomische Missstände sowie auf die israelische Stadt- und Landplanungspolitik (*planning*).

Ahmad H. Sa'di untersucht in *Control and Resistance: Two Dimensions of Palestinians' Existence in Israel*⁶³ unterschiedliche Formen palästinensischer Oppositionskultur in Israel. Dabei stellt der palästinensische Politikwissenschaftler aus Israel die Zugehörigkeit palästinensischer NGOs und anderer Repräsentationskomitees zur Zivilgesellschaft grundsätzlich in Frage. Während erstere zu sehr von ausländischen Geldgebern abhängig seien, um tatsächlich Widerstand organisieren zu können, seien letztere häufig primordial geprägt und damit gar nicht Teil der Zivilgesellschaft. Möglichkeiten des Widerstandes verortet der Autor vielmehr auf der Ebene des alltäglichen Lebens, in Form von informellen Bildungsinhalten, Volksliedern und Sprichwörtern.

1.4 Methodik der Feldforschungen

Der empirische Teil der Arbeit basiert im Wesentlichen auf Erfahrungen und Ergebnissen zweier Forschungsaufenthalte, die ich von März bis Mai 2000 in Israel und in der Westbank sowie von Januar bis Mai 2001 in Israel durchführte.⁶⁴ Damit wurde an zahlreiche vorherige Reisen nach Israel und in die palästinensischen Gebiete angeknüpft, die 1987 mit einem 18-monatigen Friedensdienst im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF)* in dem drusischen Dorf Yirka im Norden Israels ihren Anfang genommen hatten.

Qualitative Sozialforschung in Israel

Die erste Feldforschung diente hauptsächlich der Kontaktaufnahme zu relevanten Personen und Institutionen sowie der Diskussion und Konkretisierung des Forschungsdesigns. Dazu führte ich sowohl Gespräche mit Repräsentantinnen und Repräsentanten unterschiedlicher palästinensischer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen – vor allem innerhalb Israels, aber zum Teil auch in der Westbank – als auch mit jüdischen und palästinensischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mit der palästinensischen Minderheit in Israel beschäftigen. Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Situation sowie der empirisch ausgerichteten Arbeitsweise war der Aufbau eines personellen Netzwerkes wichtig, auf das im Verlauf der weiteren Forschungsarbeit zurückgegriffen werden konnte. In diesem Zusammenhang erwies sich die Möglichkeit, während beider Aufenthalte in dem palästinensischen Forschungszentrum *Galilee Center for Social Research (Markaz al-Ġalīl li-l-Abḥāṭ al-Ġtimā' iya; GCSR)* in Haifa arbeiten zu können, als sehr hilfreich.

Im Mittelpunkt der zweiten Feldforschung stand die praktische Durchführung mittels (qualitativer offener) Interviews und (teilnehmender) Beobachtung. Die Gespräche mit Leiterinnen und Leitern bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern palästinensischer NGOs sowie mit Vertreterinnen und Vertretern palästinensischer politischer Parteien dauerten durchschnittlich 90 Minuten, waren auf der Basis von Leitfragen strukturiert, primär thematisch ausgerichtet, jedoch flossen lebensgeschichtliche Aspekte je nach Gesprächspartner und Gesprächssituation mit ein. Um neben der Innenansicht der Akteure auch eine äußere Einschätzung der Situation zu erhalten, führte ich darüber hinaus etliche Gespräche mit israelischen und palästinensischen Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, NGO-Expertinnen und -Experten, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher politischer Stiftungen, die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit arabischen Partnerorganisationen in Israel kooperieren. Der Großteil der Interviews und Gespräche wurde digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert; war ein Mitschnitt nicht möglich, wurden die Inhalte mithilfe von Gesprächsnotizen protokolliert.⁸⁵ Geographisch konzentrierte ich mich bei der Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auf die gemischten bzw. palästinensischen Städte im Norden Israels, hauptsächlich auf Haifa, Nazareth und Shafa'amr (*Šafā'amar*), den Zentren palästinensischen sozialen, kulturellen und politischen Lebens.

Zuhören und die Menschen selbst zu Wort kommen lassen ist der Leitgedanke der vorliegenden Arbeit. Dazu gehörte, sich der komplexen Wirklichkeit der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel anzunähern, offen zu sein für Unerwartetes und auch Widersprüche anzunehmen. Vor allem während vieler Gespräche vor Ort, aber auch bei der Lektüre der Literatur und beim späteren Schreiben dieser Studie wurde ich häufig an die Worte des israelischen Schriftstellers David Grossman in seinem Buch *Der geteilte Israeli. Über den Zwang, den Nachbarn nicht zu verstehen* erinnert:

Nach einem Monat mit Begegnungen und Gesprächen wusste ich bereits, dass ich fast immer eine Antwort erhalten würde, die ich nicht erwartete. Die Situation des in Israel lebenden Arabers ist so kompliziert und verfahren, dass ich aufhören musste, im Voraus etwas wissen zu wollen, und ab jetzt nur noch zuzuhören hatte, um diese Kompliziertheit ans Licht dringen zu lassen, dass ich versuchen musste, ihr Platz einzuräumen.⁸⁶

Die Interviews mit den politischen Aktivistinnen und Aktivisten waren von Schwierigkeiten begleitet, die auch aus anderen Studien mit ähnlichem Fokus bekannt sind.⁸⁷ Es stellte sich die Frage, wie man innerhalb akteurszentrierter Ansätze die Sicht dieser in den Mittelpunkt stellen kann, ohne für politische Interessen und Belange instrumentalisiert zu werden und eventuelle Stereotype und Vereinfachungen zu reproduzieren. Gleichzeitig sollte aber auch ein schnelles Urteil über das politische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser, wie es die Literatur zur Genüge anbietet, vermieden werden. Ich versuche deshalb bei der Darstellung und Analyse der Daten, für die ich mich als Autorin verantwortlich zeichne, die Zusammenhänge, in denen meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ihre Aussagen machten, stets zu verdeutlichen. Dies gilt insbesondere für jene Interviews, die ich nach den *Oktober-Unruhen* führte, und die sehr von der Angst und der tiefen Verunsicherung geprägt waren, die diese Ereignisse bei der palästinensischen Bevölkerung ausgelöst hatten.

Neben den Interviews stellte die teilnehmende Beobachtung eine weitere Säule der Feldforschungen dar. Ich nahm an verschiedenen Veranstaltungen palästinensischer Organisationen teil, besuchte Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen und kulturelle Festivitäten. Darüber hinaus war ich bei Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen präsent, besuchte nicht anerkannte Dörfer sowie Ruinen zerstörter arabischer Dörfer.

Wohnort während beider Feldforschungsaufenthalte war Haifa, also die Stadt, die in Israel als besonders tolerant und friedlich gilt und in der das Zusammenleben von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung vergleichsweise gut funktioniert.⁸⁸ Während meines ersten Aufenthaltes wohnte ich in einem Wohnheim für arabische Studentinnen im Hafenviertel der Stadt, den zweiten, in Begleitung meiner Familie, verbrachten wir in einem alten arabischen Haus in der Abbas Straße in einem der arabisch geprägten Wohnviertel Haifas. Die Wohnsituation in dieser Straße unterstützte die Forschungstätigkeit positiv, da viele der politisch und zivilgesellschaftlich Aktiven in dieser Gegend wohnten und sich auf diese Weise schnell ein wertvolles Netzwerk von Kontakten entwickelte.

Die gewählte Methodik, die Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die Aktivitäten im Bereich der teilnehmenden Beobachtung sowie Wohnort und Wohnumfeld während der Forschungsaufenthalte, all diese Faktoren trugen dazu bei, die palästinensische Sichtweise und Wahrnehmung in den Mittelpunkt zu stellen. Mir ist bewusst, dass diese Perspektive nur die

eine Seite der Geschichte widerspiegelt und dass die Mehrheit der jüdischen Israelinnen und Israelis die Dinge anders erzählen würde. Die doppelte Bedeutung von Geschichte und Geschichten, von Wahrnehmungen und vermeintlichen Wahrheiten zeigt Aspekte, die zum Kern ethnopolitischer Konflikte gehören. Für Israel und Palästina gilt dies in besonderem Maße. Der palästinensische Soziologe Nadim Rouhana wies darauf hin, dass jemand, wenn er in arabischer Begleitung Israel bereisen würde, ein vollkommen anderes Land präsentiert bekäme, als jemand, der mit jüdischen Begleitern unterwegs wäre: „If a foreigner went on a tour of the country with an Arab citizen, he or she would receive a version of political history and descriptions of places, cities, and geography distinct from those he or she would receive from a Jewish citizen.“⁸⁹ Das trifft auch für die vorliegende Arbeit zu, die – um im Bild zu bleiben – von einer Reise durch Israel mit Palästinenserinnen und Palästinensern berichtet.

Einfluss der politischen Lage auf die Feldforschungen

Meine Arbeit an der Studie war über den gesamten Zeitraum von der angespannten politischen Lage in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten überschattet. Mit dem Scheitern des Friedensprozesses und der erneuten Eskalation der Gewalt im Herbst 2000 erlosch die Hoffnung auf eine baldige Befriedung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Stattdessen überschlugen sich die Ereignisse in der Westbank und im Gazastreifen und die Gewaltspirale begann, sich immer schneller zu drehen. Den Nachrichten über palästinensische Selbstmordanschläge folgten die über die so genannten israelischen Vergeltungsschläge. Die Zahl der Toten und Verletzten beider Seiten stieg in dieser Zeit rapide an, gegeneinander aufgerechnet in einer Arithmetik der Gewalt. Auch die Zahl derer nahm zu, die keine Bleibe mehr hatten, weil ihre Häuser von Bulldozern zerstört worden waren sowie derjenigen, die sich aus Angst vor Anschlägen kaum mehr auf die Straße trauten. Auch traten massive psychische und psychosomatische Erkrankungen und Traumatisierungen auf, die israelische und palästinensische Fachleute als Folgen der Gewalterfahrungen diagnostizierten.

Unmittelbar nach dem Beginn der zweiten *Intifada*⁹⁰ in der Westbank und im Gazastreifen Ende September 2000 eskalierten Anfang Oktober auch innerhalb Israels die Auseinandersetzungen zwischen jüdischem Staat und palästinensischer Minderheit in den so genannten *Oktober-Unruhen*. Dabei wurden 13 palästinensische Bürger von der israelischen Polizei getötet, Hunderte verletzt und mehr als 700 Palästinenserinnen und Palästinenser verhaftet. Im An-

schluss an die *Oktober-Unruhen* nahmen rassistisch motivierte Übergriffe und Diskriminierungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung deutlich zu.

Bereits in den vorangegangenen Monaten vor Ort hatte sich die Situation zugespitzt und es war wiederholt zu Übergriffen israelischer Sicherheitsleute auf palästinensische Bürgerinnen und Bürger gekommen. So musste im März des Jahres 2000 die zentrale Veranstaltung zum *Tag des Bodens* (*yaum al-ard*) in dem Dorf Sakhnin abgebrochen werden, nachdem die Polizei bei dem Versuch, palästinensischen Jugendlichen, die den Zaun eines militärischen Sperrgebiets einreißen wollten, Einhalt zu bieten, gescheitert und dann mit Tränengas und Schüssen gegen die gesamte Menschenmenge vorgegangen war.⁹¹ Am *Tag des Bodens* wird alljährlich an die Ereignisse des 30. März 1976 erinnert, an dem als Protest gegen die Konfiszierung von Land und Boden in der palästinensischen Bevölkerung Israels erstmals ein Generalstreik ausgerufen worden war. Der Streik wurde damals von Demonstrationen gegen die israelische Landpolitik begleitet, bei denen sechs palästinensische Demonstranten von israelischen Sicherheitskräften getötet und rund Hundert verletzt worden waren.



Abb. 1: Demonstration anlässlich des *Tag des Bodens*
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Der *Tag des Bodens* zählt zu den wichtigsten Symbolen des palästinensischen Widerstandes in Israel.⁹² Da die Veranstaltungen zu diesem Tag normalerweise friedlich verlaufen und eher Familienausflügen als politischen Protestveranstaltungen gleichen, war diese Konfrontation, zusammen mit den Studentenprotesten an der Universität Haifa im gleichen Zeitraum, ein Signal zunehmender Konflikteskalation innerhalb Israels.⁹³

Mein zweiter Forschungsaufenthalt, der nur kurze Zeit nach den *Oktober-Unruhen* begann, stand daher ganz im Zeichen dieser politischen Krise. Die Kluft zwischen der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung hatte sich wesentlich vertieft, die israelische Linke und besonders die Friedensbewegung schienen bis auf wenige Ausnahmen paralysiert zu sein. Auch meine Interviewpartnerinnen und -partner standen noch sehr unter dem Eindruck der Krise, sie hatten zum Teil an den Demonstrationen teilgenommen oder waren als Medienleute, Menschenrechtsaktivisten oder Helfer in die Ereignisse involviert. Entsprechend großen Raum nahm *Oktober*, wie die Unruhen von vielen kurz genannt werden, daher auch in unseren Gesprächen und Treffen ein. Obwohl die Bedeutung der Unruhen unterschiedlich eingeschätzt wurde, hatten sie bei allen Befragten große Verunsicherung und Angst ausgelöst. Sie fühlten sich vor allem durch die offen rassistische Stimmung, die seitdem in Israel herrschte, bedroht. Diese zeigte sich in verbalen Beleidigungen und Handgreiflichkeiten gegenüber palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern und reichte bis hin zu Vandalismus und Beschädigung arabischer Häuser und Läden. Untersuchungen zu der Zeit nach *Oktober* zeigen, dass rassistisch motivierte Äußerungen und Handlungen nicht nur auf der Straße, im Fußballstadion und im Internet zur Normalität gehörten, sondern auch in der Presse, an den Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen sowie in Teilen der Kunstszene weit verbreitet waren. Insbesondere nach palästinensischen Selbstmordanschlägen kursierten Flugblätter, die dazu aufriefen, nicht in arabischen Läden einzukaufen,⁹⁴ und die seitdem in der israelischen Gesellschaft diskutierte Möglichkeit einer Vertreibung („Transfer“) der arabischen Bevölkerung aus Israel spielte in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Laut Umfragen der Universität Tel Aviv befürworteten im März 2002 31 % der jüdischen Israelinnen und Israelis den „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung, 60 % begrüßten Maßnahmen, mit denen die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger ermutigt würden, das Land zu verlassen und 80 % sprachen sich dafür aus, der palästinensischen Bevölkerung das Mitspracherecht in Angelegenheiten von nationaler Wichtigkeit vorzuenthalten.⁹⁵